

Posener Zeitung.

Einnundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 446

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt für ein Jahr 1 Mark 50 Pf. (Schonende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4/5 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 60 Pf. Nachzahlungen nehmen alle Postämter bei Postsendungen an.

Sonntag, 28. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgealtene Zeile ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Amtliches.

Berlin, 27. Juni. Der Kaiser hat den Reichsgerichtsrath Friedrich zum Senats-Präsidenten bei dem Reichsgericht, sowie den Königlich preussischen Landgerichtsrath Präsidenten, Geheimen Ober-Justiz-Rath Freiherrn v. Bülow zu Greifswald und den preussischen Kammergerichtsrath Rehbein zu Berlin zu Reichsgerichtsrath ernannt. Der König hat den Gerichts-Assessor Ling zum Staatsanwalt ernannt.

Die Rechtsanwälte Elze und Bennewitz in Halle a. S. sind zu Notaren im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Naumburg a. S., mit Anweisung ihres Wohnsitzes in Halle a. S., und der Rechtsanwalt Dr. jur. Höfer in Frankfurt a. M. zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Frankfurt a. M., mit Ausschluß der Hohenollernschen Lande und unter Anweisung seines Wohnsitzes in Frankfurt a. M., ernannt worden.

Dem Thierarzt Dr. Hermes zu Eupen ist die von ihm bisher kommissarisch verwaltete Kreis-Thierarztstelle des Kreises Eupen definitiv verliehen worden.

Der König hat auf Grund der Allerhöchsten Bestimmungen vom 13. November 1878 über die Stellung der Abtheilungs-Direktoren und über die Verwendung der sachlichen Fonds bei den königlichen Museen in Berlin, den Professor L. Kraus zum Mitglied und den Professor F. Giesel zum Vize-Mitglied der Kommission von Sachverständigen für die Gemäldesammlung der königlichen Museen in Berlin auf die Zeit bis zum 31. März 1888 ernannt.

Deutscher Reichstag.

43. Sitzung.

Berlin, 27. Juni. Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher. Präsident Freiherr v. Leseow eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 25 Minuten.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Beratung der Unfallversicherungs-Vorlage.

Zur Geschäftsordnung beantragte Abg. v. Minnigerode die Wahlprüfungen vor der Unfallversicherung zu erledigen.

Abg. Dr. Windthorst tritt dem entgegen und stellt einen eventuellen Antrag auf eine Abend-Sitzung zur Erledigung der Wahlprüfungen in Aussicht.

Der Antrag Minnigerode wird hierauf fast einstimmig angenommen, worauf das Haus in die Beratung der Wahlprüfungen eintritt.

Die Wahlprüfungskommission beantragt, die Wahl des Abg. v. Szanielski im 4. Wahlkreise des Regierungsbezirks Marienwerder (Thorn-Kulm) für ungültig zu erklären.

Abg. v. Szanielski wendet sich gegen mehrere Ausführungen des Kommissionsberichts und betont besonders die von dem Bürgermeister a. D. Rex vorgenommene Revision der Wählerlisten, die er als ungenügend bezeichnet.

Ohne weitere Diskussion wird hierauf der Antrag der Kommission angenommen.

Die Wahl des Abg. Rutschbach (20. Wahlkreis Sachsen) beantragt die Kommission gleichfalls für ungültig zu erklären.

Abg. Dr. Marquardsen beantragt, die Wahl für gültig zu erklären, da der Hauptgrund für die Ungültigkeit, die Verhaftungen wegen Kolportierung von Stimmzetteln, nicht genügend als die Wahl beeinflussend nachgewiesen sei.

Abg. v. Köller schließt sich diesem Antrage an. Die Annahme des Kommissionsantrages würde ein bedenkliches Präzedenz schaffen.

Abg. Dr. Müller bittet, bei dem Kommissionsantrage stehen zu bleiben. Es zeige sich bei dieser Wahl eine freie Wahlausübung beeinträchtigende systematische Parteinehmer der unteren sachlichen Polizeibehörden für die eine und gegen die andere Partei, die Verhaftungen seien ganz ungenügend erfolgt und durch die Verhaftungen seien die übrigen Wahlagenten derartig eingeschüchtert worden, daß sie, um nicht gleichfalls verhaftet zu werden, von der weiteren Stimmzettelntheilnahme abzustehen, und in Folge dessen sei von 2418 Wahlberechtigten nicht ein Viertel an der Wahlurne erschienen.

Abg. Wölffl äußert sich in gleichem Sinne und spricht die Hoffnung aus, daß endlich auch in den anderen deutschen Staaten vor den Wahlen wie in Bayern die Beamten zu absoluter Unparteilichkeit während der Wahlen aufgefordert würden. (Beifall. Rufe links: Sachsen ist nicht Bayern.)

Abg. v. Köller wiederholt seine Bitte um Ablehnung des Antrages der Kommission, den außerhalb des Hauses kein Mensch mit geordnetem Menschenverstand verstehen würde. (Wo! links, große Anruhe.)

Der Präsident ruft den Abg. v. Köller für die letzte Aeußerung zur Ordnung.

Bundesbevollmächtigter Geh. Rath v. Noth-Wallwitz führt aus, daß die Verhaftung der Wahlagenten nicht erfolgt sei wegen des Kolportiers der Wahlzettel, sondern wegen des großen Unfugs, wegen Werdens Singens und Schreiens auf der Landstraße. Die Gendarmen seien also zu der Verhaftung berechtigt gewesen.

Abg. Wölffl: Die Verhaftung ist nach der Aussage des verurteilten Gendarmen wegen der Stimmzettel erfolgt, die Frage der Rubeführung durch Singen und Schreien ist erst später mit hineingezogen worden. Die Sache liegt ähnlich wie im Leuschner'schen Falle und ich bitte Sie, in gleichem Sinne wie dort zu stimmen.

Abg. Kayser: Abg. von Köller tritt hier deshalb so konsequent gegen alle Ungültigkeitserklärungen auf, weil er sicher ist, daß Stimmzettel für ihn und seine Freunde niemals konfisziert werden würden. Herr von Noth hat gemeint, die Verhaftung sei erfolgt wegen Rubeführung, in Sachsen sei man etwas strenger. Ja, letzteres kann ich bestätigen, nur weiß ich nicht, wie neulich Herr Adersmann so dreist sein konnte, hier zu behaupten, die Sozialdemokraten machten in Sachsen den Gendarmen das Leben schwer. In Sachsen und doch kaum je Unruhen von Sozialdemokraten verursacht worden, die Sozialdemokraten verhalten sich durchaus ruhig. — Abg. v. Köller kann die ganze Opposition gegen die Gültigkeit der Wahl nicht begreifen, für mich ist es eine bloße Frage des Anstandes, daß man ein Mandat, das durch Polizeieingriffe gewonnen worden, nicht gelten lassen darf.

Die Diskussion wird geschlossen und der Antrag der Kommission angenommen.

Es folgt die dritte Beratung der

Unfallversicherungs-Vorlage.

Abg. Richter: Wir haben lange an dieser Vorlage gearbeitet und was ist das Resultat? Die Vorlage, gegen die von vornherein so viel Bedenken erhoben worden, wird fast unverändert angenommen und uns, die wir unsere Bedenken nicht so leicht aufgeben können, macht man den Vorwurf des unfruchtbaren Regirens. Die soziale Reform des Reichs ist freilich in anderem Sinne von der liberalen Seite angeregt worden. Wir sind es gewesen, die immer wieder das Haftpflichtgesetz und die Unfallversicherung von den Regierungen verlangt, wir waren bereits auf dem besten Wege und wären Sie mit Ihrer Gesetzgebung nicht dazwischen gekommen, die Gesetze wären längst und besser als jetzt vorhanden. Herr von Bennigsen — ich beklage, daß er nicht hier ist und glaube, wer die Führerschaft einer Partei hat, muß auch die Verantwortung übernehmen — er hat auf dem Berliner Parteitage uns zum Vorwurfe gemacht, daß wir apathisch diesen Fragen gegenüberstehen. Hat er denn wirklich unsere Mitwirkung bei dem Antrage Buhl vergessen? — Auf dem Gebiete der Sozialpolitik hat jetzt freilich der Staat die Tendenz, in die Privatthätigkeit einzugreifen. So will die Unfallversicherung die Privatgesellschaften ausschließen. Wir haben früher zusammen mit den Nationalliberalen gegen solche Tendenzen protestiert. Wir wollten die Versicherung der Arbeiter, aber nicht die sozialistische Beseitigung der Privatgesellschaften. Ich kann nur bedauern, daß wir jetzt unsere Nationalliberalen haben, und möchte nur wissen, was haben Sie denn eigentlich von der Vorlage? Es sind doch nur Kleinigkeiten, die hier erreicht werden, und deshalb will man den Gang ins Unbekannte antreten, ein Wagstück auf sich nehmen. Wo bleibt die Arbeiterfreundlichkeit? Wie lange sollen denn die anderen Arbeiter warten? Wie lange Sie mit Ihren Berufsvereinigungen arbeiten müssen, um zu erreichen, was in Konsequenz des ersten Antrages Buhl schon in nächster Session erreicht werden könnte, ich weiß es nicht, aber viele Jahre werden darüber hingehen. Die Herren haben nun zwar in Erkenntnis der Unhaltbarkeit der Beschlüsse zweiter Lesung in Bezug auf die Karenzzeit ein Amendement eingebracht, aber auch dies ist nicht im Stande, das schreiende Unrecht jener Bestimmungen zu beseitigen. — Die Hineinziehung des Reichs in die Versicherung ist sehr bedenklich, wiewohl sie Minister von Bötticher als bloße Dekoration bezeichnet hat. Es ist in dieser Vorlage dem Bundesrath eine Befugnis gegeben, die mit dem Budgetrecht des Hauses sich gar nicht vereinigen läßt. Nochmals hat eine Volksvertretung ihr wichtigstes Recht so leichten Herzens aus der Hand gegeben. In dieser Vorlage ist der Anfang gemacht mit einer Zwangsorganisation großer Berufsvereinigungen, mit der Vermehrung eines Zweiges der Privatthätigkeit. Überlegen Sie das nochmals und beherzigen Sie, was gegen die Vorlage spricht. (Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Wendt (Zentrum): Im Gegenjage zum Vorredner muß ich meiner Befriedigung über diese Vorlage Ausdruck geben. Freilich konnten nicht gleich alle Arbeiter in das Gesetz aufgenommen werden, wir mußten uns zunächst mit den Arbeitern begnügen, welche durch die Art ihrer Beschäftigung Unfällen am meisten ausgesetzt sind. Aber immerhin werden durch diese Vorlage zehnmal so viel Arbeiter versichert werden, als jetzt durch das Haftpflichtgesetz. — Wir wollen die Versicherung der Arbeiter, die ihnen bisher nicht zur freien Wahl stand, so gestalten, daß kein Zwang der Arbeiterversicherung in den bestehenden Privatanstalten eintreten soll und deshalb haben wir die Berufsvereinigungen geschaffen. Redner tritt dann dem Abg. Bebel gegenüber, welcher gelegentlich einer früheren Debatte gegen die Bestrebungen der Kirche auf sozialem Gebiete polemisiert hat. Die Kirche habe stets den Arbeitern den Frieden gebracht, die Sozialdemokratie aber den Unfrieden. Eine Hauptfrage, um den sozialen Frieden zu erlangen, ist die Aufhebung des Kulturkampfes. (Beifall im Zentrum.) Redner eifert zum Schluß gegen die „Schrankenlosigkeit der Gewerbetheiligkeit.“

Abg. Bloß (Sozialdemokrat): Der Vorredner hat das kirchliche Prinzip der Entsagung als das seine bezeichnet, ich weiß nicht, wie er damit Gesetze machen will — auch glaube ich, ist das Prinzip der Entsagung sonst gerade nicht eine ultramontane Eigenschaft. (Sehr gut! links.) Es ist traurig, daß man Allem, was wir sagen, einen agitatorischen Charakter zuschreibt — man sollte endlich doch einsehen, daß wir die Interessen der Arbeiter vertreten. Redner tritt dann gegen die Bestimmungen der Karenzzeit und für die von der Regierungsvorlage gewünschten Arbeiterausschlüsse ein. Das Fehlen dieser Arbeiterausschlüsse wird viel Mitleidung bei den Arbeitern hervorrufen, an welchem wärdlich die Sozialdemokraten keine Schuld haben. — Auf der einen Seite wollen Sie für die Arbeiter ein Gesetz schaffen, das ein solches Stückwerk ist, wie diese Vorlage, und auf der anderen Seite schaffen Sie Ausnahme-Gesetze. Mit der Proklamirung des Rechts auf Arbeit ist nichts gethan; will die Regierung wirklich eine Sozialreform durchführen, so darf sie nicht vor der Beschränkung der bestehenden Klassen zurückweichen.

Abg. Dr. Buhl: Sobald einmal der Versicherungszwang geschaffen war, konnte den Aktiengesellschaften kein Raum mehr gelassen werden, dafür sind früher selbst die liberalen Blätter eingetreten. Und für die Arbeiter ist es doch ganz gleichgültig, ob sie von Privatgesellschaften oder von den Berufsvereinigungen die Entschädigung erhalten, wenn letztere nur schnell erfolgt. — Reservefonds und Staatsgarantie stehen in enger Beziehung und hierin findet die Versicherung ihre stärkste Stütze. Bedenklich war mir die Bestimmung über die Karenzzeit, wodurch den Arbeitern während der ersten 13 Wochen nur der geringe Betrag aus den Krankenkassen zu Theil wird. Das halten wir für schädlich und deshalb haben wir für die dritte Lesung zu § 5 einen Antrag gestellt, wodurch diese Anträge erhöht werden können. Mit den von uns beantragten Änderungen bitte ich Sie, die Vorlage anzunehmen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Richter (Sagen): Ich war gespannt, wie Herr Dr. Buhl seine Befürwortung von einem Saulus zu einem Paulus begründen würde — ich bin nicht befriedigt worden. Die Heidelberger Erklärung der Nationalliberalen war der Wendepunkt ihrer Politik, da erklärten sie, das Gesetz müsse zu Stande kommen. Das hat sich die Regierung gemerkt. Die Nationalliberalen haben gemeint, Herr von Bennigsen habe sich von der Politik nicht zurückgezogen, denn er sei ja zum Berliner Parteitage gekommen. Ja, zu einer Parade gehen, das ist doch etwas Anderes, als in den Kampf zu gehen; Herr v. Bennigsen ist Kavallerie auch in der Politik, jetzt gefällt's ihm nicht — wenn's ihm wieder gefällt, wird er schon wieder kommen. (Heiterkeit.) Wer aber ernstlich für die Sache der Freiheit eintreten will, darf nicht auf gut Wetter warten. (Beifall

links, sehr richtig! rechts.) Das vorliegende Gesetz nun ist gefährlich für die ganze soziale Reformgesetzgebung. Indem man den Privatgesellschaften es verpflichtet, die im Gesetz vorgesehenen Arbeiter zu versichern, macht man sie unfähig, die nicht unter das Gesetz fallenden Arbeiter zu versichern. Auch für die Unfallversicherung waren die Privatgesellschaften mit der Individualisirung ihres Verfahrens weit wirksamer. Dazu kommt nun noch die Aufhebung der Kosten für 13 Wochen auf die Krankenkassen. Aber auch die Großindustrie wird die hier geschaffene Omnipotenz des Staates bald fühlen, denn gegen die Höhe der Einschätzung werden sie nur den Weg langwieriger Beschwerden betreten müssen. Freilich wird durch die Berufsvereinigungen auch den Arbeitgebern die Möglichkeit der Koalition und Nachregelung der Arbeiter gegeben. Dies Alles und die Form der Auszahlung durch die Post geht nur darauf hin, in den Arbeitern die Vorstellung von Staatspensionären zu schaffen. Aber was soll das helfen? All diese Vorkehrungen sind da, wo Arbeiter vom Staate besoldet werden, bereits getroffen und dennoch sind diese Arbeiter weit unzufriedener als die im Privatdienste. Hier wird der Anfang einer Interessenvertretung gemacht, wie sie dem Reichsland als Ideal vorschwebt. Man sollte sich doch der Verantwortlichkeit voll bewusst sein. Hier vollzieht sich eine Scheidung zwischen uns und den Nationalliberalen, wie sie größer nicht sein kann. Nachdem so ziemlich der Wunschzettel der konservativen Begünstigten erfüllt worden, steht auf Ihrem Wunschzettel nun noch die Forderung: neue Steuern! (Beifall links.)

Die Generaldiskussion wird geschlossen.

Bei § 1 erklärt

Abg. Dr. Barth, daß die deutsch-freisinnige Partei auf die in zweiter Lesung gestellten Anträge zu § 1, 9 und 10 als ausrichtlos verzichtet habe.

§ 1 wird ohne Diskussion angenommen.

Zu § 2 beantragen

Abg. Frhr. v. Malsb. und Gen. (Konservative, Nationalliberale und Zentrum) folgenden Zusatz:

„Durch Statut kann ferner bestimmt werden, daß und unter welchen Bedingungen Unternehmer der nach § 1 versicherungspflichtige Betriebe berechtigt sind, sich selbst oder andere nach § 1 nicht versicherungspflichtige Personen gegen die Folgen von Betriebsunfällen zu versichern.“

Das Haus nimmt diesen Antrag und die §§ 2—4 debattenlos an. § 5 handelt von dem Umfang der Entschädigung. Danach soll der Schadenersatz bestehen

1. in den Kosten des Heilverfahrens, welche vom Beginn der 14. Woche nach Eintritt des Unfalles an entfallen;
2. in einer dem Verletzten vom Beginn der 14. Woche nach Eintritt des Unfalles an für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit zu gewährenden Rente.

Die deutsch-freisinnige Partei (Antrag Dr. Barth) beantragt:
1. in Absatz 2 Nr. 1 die Worte „welche vom Beginn der 14. Woche nach Eintritt des Unfalles an entfallen“ zu streichen,
2. in Absatz 2 Nr. 2 statt „vierzehnte Woche“ zu setzen „dritten Tages.“

Abg. v. Malsb. und Genossen beantragen, den Schluß des § 5 dahin zu ändern, daß vom Beginn der 5. Woche nach Eintritt des Unfalles bis Ablauf der 13. Woche das Krankengeld, welches den durch einen Betriebsunfall verletzten Personen nach dem Krankengesetz gewährt wird, auf mindestens $\frac{1}{2}$ des bei der Berechnung desselben zu Grunde gelegten Arbeitslohnes zu bemessen sein soll. Die Differenz soll von dem Unternehmer des Betriebes, in dem der Unfall sich ereignet, der beteiligten Krankenkasse erstattet werden.

Abg. Frhr. v. Wendt beantragt dazu als Zusatz: „Streitigkeiten, welche aus Anlaß dieser Bestimmung zwischen den Berufsvereinigungen und den Krankenkassen entstehen, werden nach Maßgabe des § 58 des Krankengesetzes entschieden.“

Abg. Lorenz erklärt sich gegen diese Anträge.

Minister v. Bötticher bittet um Ablehnung sämtlicher Anträge.

Abg. Dechelhäuser: Ich glaube, es steht dem Abg. Richter nicht zu, einem Mann, der wie Herr v. Bennigsen Jahrzehnte lang an der Spitze der nationalen Bewegung gestanden hat, Feigheit vorzuwerfen. Ich muß dagegen Namens meiner Partei Protest erheben. Redner befürwortet dann eingehend den Antrag der Abg. Malsb. und Gen.

Die Diskussion wird geschlossen und § 5 mit der Veränderung gemäß den Anträgen Malsb. und Wendt angenommen.

Ohne Diskussion werden sodann die Paragraphen 6 bis 17 genehmigt.

Zu § 18 wird nach dem Antrage Malsb. die Bestimmung angenommen, daß nach Ablauf der ersten elf Jahre die Zinsen des Reservefonds dem letzteren so lange weiter zuzuschlagen sind, bis dieser den doppelten Jahresbedarf erreicht hat.

Unverändert werden sodann die Paragraphen 19 bis 27 genehmigt, § 28 unwesentlich geändert und hierauf die Paragraphen 29—41 erledigt.

Abg. Dr. Windthorst beantragt, die Sitzung bis auf heute Abend 7½ Uhr zu vertagen.

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 42 bestimmt, daß die Wahl der Arbeitervertretung durch die Vorstände der Orts- und Betriebs- (Fabriks-) Krankenkassen erfolgen soll.

Antrag Barth will dafür setzen:

„Die Krankenkassen, bzw. die örtlichen Verwaltungsstellen von Krankenkassen“, während Antrag Malsb. noch einfügen will „und Innungs-krankenkassen.“

Nachdem § 42 mit dem Zusatzantrage Malsb. angenommen, werden die §§ 43—73 ohne Diskussion genehmigt, dem § 74 gemäß Antrag Malsb. folgender Schluß gegeben:

„Unentziehbare Beiträge sind vorzuschüsse aus dem Betriebsfonds der Berufsvereinigungen zu deduciren und bei dem Umlageverfahren des nächsten Rechnungsjahres zu berücksichtigen.“

Nach Erledigung der §§ 75—89 wird unter Zustimmung des Ministers v. Bötticher beschlossen, daß in zwei im § 90a und b angeführten Fällen die Beschlußfassung des Reichsversicherungs-Amtes unter Zuziehung von zwei richterlichen Beamten erfolgen soll.

Die §§ 91—106 werden unter Ablehnung des Antrags Barth (Wiederherstellung der Regierungsvorlage in § 97) ohne Diskussion unverändert angenommen.

Abg. v. Alkabin beantragt, in der Ueberschrift statt „Gesetz über die Unfallversicherung der Arbeiter“ zu setzen „Unfallversicherungsgesetz“.

Das Haus beschließt demgemäß und genehmigt sodann die gesammte Vorlage in dritter Lesung.

Die vom Abg. Dr. Windthorst eingebrachte Resolution, der Reichstag wolle beschließen:

Den Bundesrath zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, auf welche Weise die durch den gesetzlichen Ausschluß der privaten Unfallversicherungsgesellschaften in ihrem Erwerbe beeinträchtigten Bediensteten jener Gesellschaften zu entschädigen seien, wird nach ihrer Empfehlung durch Antragsteller gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Es folgt die Beratung des Nachtragsetats.

Gefordert werden für das Reichsversicherungsamt 118,965 M. an fortwährenden und 35,000 M. an einmaligen Ausgaben, zusammen also 153,965 M. verlangt.

Der Minister v. Bötticher bezeichnet die für die Befolgungen im Reichsversicherungsamte ausgeworfenen Summen als sehr bescheiden.

Abg. Richter (Hagen): Eine Summe von rund 160,000 M. ist durchaus nicht bescheiden, besonders wenn man berücksichtigt, daß es bei der 13 wöchentlichen Karenzzeit sich nur um 40 Wochen handelt, und dafür ist die Summe von 160,000 M. zur Beaufsichtigung der selbständigen Berufsgenossenschaften doch wirklich etwas theuer. (Beifall links.)

Abg. Dr. Windthorst hält die Summe auch etwas hochgegriffen, will aber in dem gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen nicht Einspruch erheben.

Minister von Bötticher führt aus, daß die Zahl der Beamten später, wenn man erst mehr Uebersicht über den Umfang der Arbeiten gewonnen hätte, eingeschränkt werden soll.

Abg. Richter (Hagen): Ich habe noch niemals gesehen, daß im Reichsdienste Beamtenstellen als erledigt eingezogen werden. Die Beamten des Reichseisenbahnamtes, von denen ich noch immer nicht weiß, was sie zu thun haben, könnten, glaube ich, ganz gut im Reichsversicherungsamte beschäftigt werden.

Die Diskussion wird geschlossen und der Nachtragsetat in erster und zweiter Lesung genehmigt, worauf das Haus sich vertagt.

Nächste Sitzung: Sonnabend 10 Uhr.

Tages-Ordnung: Rabel-Vorlage, Reliktengesetz, Aktiengesetz, Nachtragsetat, dritte Lesung der Verträge mit Italien, Siam und Korea, Petitionen.

Schluß 5½ Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 27. Juni. Die Sozialdemokraten haben natürlich zunächst in ihrem Partei-Interesse gehandelt, indem sie durch Ausnutzung des Rechtes jedes Mitgliedes, Abweichungen von der Geschäftsordnung zu verhindern, gegen den Willen der Konservativen und Liberalen die Erledigung gewisser Wahlforderungen vor dem Schluß der Session erzwingen: sie versprechen sich von der Debatte einen für ihre Wahlagitatio nützlichen Eindruck. Aber insofern die Verschleppung der Wahlprüfungen gerade zu einem wirklichen Skandal geworden ist, muß man sagen, daß Recht und Vernunft jener Forderung zur Seite standen. Wir stehen am Schluß der voraussichtlich letzten Session der Legislaturperiode, aber eine Anzahl Wahlen, und zwar nicht bloß spät fällighabender Nachwahlen, sind noch nicht geprüft, über andere ist erst in den letzten Tagen der Session Beschluß gefaßt worden. Insofern derselbe auf Ungültigkeits-Erklärung ging, ist also konstatirt, daß die hebr. Abgeordneten 3 Jahre lang widerrechtlich an den Abstimmungen Theil genommen haben, und dies in einem Reichstag, in welchem häufig wichtige Beschlüsse mit wenigen, zuweilen mit einer Stimme Majorität gefaßt worden sind. Auch früher haben sich die Wahlprüfungen oft unbillig verzögert, aber das Uebel ist in neuerer Zeit beständig gewachsen, und so schlimm, wie in dem jetzigen Reichstag, war es wohl noch nie; vor Kurzem waren noch 20 Wahlprüfungen unerledigt, von denen jedoch mehrere zur Ungültigkeitserklärung geführt haben. Es mag dahingestellt bleiben, ob nicht der Präsident auf eine schleunigere Behandlung dieser Angelegenheit in der Kommission und im Hause hinzuwirken vermöchte und ob die Ermittlungen der Behörden, welche nach einer Beanstandung der Wahl angeordnet werden, nicht rascher bewirkt werden könnten; ernstlicher Erwägung empfiehlt sich auf alle Fälle, ob man nicht, wie es früher geschah, für das Geschäft der Prüfung der zweifelhaften Wahlen wieder Arbeitstheilung einführen sollte. Früher lag dasselbe den sieben Abtheilungen ob, jetzt der einzigen Wahlprüfungs-Kommission. Wenn man die ersten wegen ihrer zufälligen Zusammensetzung für ungeeignet zu dem gewissermaßen richterlichen Geschäft der Wahlprüfung erachtet, so wäre es doch möglich, die Wahlprüfungskommission erheblich zu verstärken und sie alsdann in mehrere Sektionen getheilt arbeiten zu lassen. Ist durch derartige Mittel keine Abhilfe zu schaffen, so wird immer wieder die Frage auftreten, ob nicht die Abgeordneten, deren Wahl durch das Haus „beanstandet“ ist, bis zur Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl sich der Abstimmung zu enthalten haben. Es ist allerdings ebenso möglich, wenn ein Abgeordneter, dessen Wahl hinterher als gültig anerkannt wird, eine Zeitlang an Abstimmungen verhindert war, als wenn ungültig gewählte Mitglieder abstimmen; aber in dem Beschluß des Hauses, eine Wahl zu beanstanden, liegt immerhin eine gewisse Wahrscheinlichkeit der Ungültigkeitserklärung. Die Frage ist offenbar sehr schwierig — sonst würde sie nicht so lange offen geblieben sein —, aber der jetzige Zustand kann unmöglich fortbauern. — Der heute durch ein Zirkular der Expedition der „Prov.-Korr.“ bekannt gewordene Entschluß der Regierung, dieselbe eingehen zu lassen, war bis heute früh, wo in einem hiesigen Blatte eine kurze Notiz denselben ankündigte, ein vollkommenes Geheimniß. Der Hauptgrund liegt ohne Zweifel darin, daß sich für den Geheimrath Ludwig Hahn kein Nachfolger gefunden hat, welcher das erforderliche journalistische Talent mit der Fähigkeit vereinigt hätte, zwischen den Klippen hindurchzusteuern, die, in den oft verschiedenen Meinungen der einzelnen Minister bestehend, das Fahrwasser eines solchen Blattes beengen. Der Entschluß, auf die „Prov.-Korr.“ zu verzichten — der übrigens vielleicht kein unwiderwärtiger ist — wurde vermuthlich durch das Bestehen der offiziellen Zeitungs-

Korrespondenz erleichtert, welche unter der Leitung des Dr. Klee seit längerer Zeit die Kreis- und ähnlichen Blätter mit offiziellem Inhalt versorgt.

Wie die „Köln. Ztg.“ hört, hat sich der Bundesrath in seiner vorgestrigen Sitzung schon im voraus mit sämtlichen Abänderungsvorschlägen einverstanden erklärt, welche die dem Zustandekommen des Gesetzes geneigten Mitglieder der Unfallgesetzkommission für die dritte Berathung des Gesetzentwurfs vereinbart und mit den Namen Freiherr v. Alkabin, Gütz, Freiherr v. Wendt, v. Kulmitz und Dr. Buhl als Antragstellern eingebracht haben.

Der Schluß der Reichstagsession wird morgen, Sonnabend Abend im Plenarsaal des Reichstages stattfinden. Diesmal wird der Reichskanzler die in Berlin bereits eingetroffene Kabinettsordre des Kaisers verlesen.

Zum Aktiengesetz hat der Abg. Windthorst, unterstützt von Mitgliedern des Centrums und der liberalen Parteien, seinen aus der zweiten Lesung bekannten Antrag wieder gestellt, wonach § 20, Al. 2 des Preßgesetzes keine Anwendung finden soll, wenn die öffentliche Bekanntmachung im Inseratentheile einer periodischen Druckchrift erfolgt und der Verfasser des Inserates nicht nur unter demselben genannt, sondern auch in dem Bereiche der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaates ist. Die Annahme dieses Antrages ist wahrscheinlich und ein Theil der Bedenken, welche gegen die Aktiengesetznovelle vom Standpunkt der Presse erhoben wurden, wäre damit beseitigt. Ganz befriedigend wäre allerdings die Frage der Strafbarkeit des Redakteurs nur dann geregelt, wenn er nur für „wissenschaftlich“ falsche Voripiegelungen bei der Aufnahme von Empfehlungen von Aktiengesellschaften verantwortlich gemacht würde.

Ueber die Rettung der verschütteten Bergleute berichtet die „Bresl. Ztg.“:

Schwientochowitz, 26. Juni. Heute gegen 12 Uhr rief der Steiger Reißland mit noch 2 Bergleuten auf 8 der Vermissten, welche auf einem Haufen zusammen lagen, aber noch bei vollem Bewußtsein waren. Er ordnete sofort an, daß dieselben nach oben gebracht würden. Es arbeiteten nämlich schon seit längerer Zeit immer 7 Mann unter der Erde. Zwischen 4 und 11 Uhr wurden dann auch unter allgemeiner Freude immer zwei, angebunden an die Kabel, in denen man bis dahin das Wasser zu Tage geschafft hatte, zu Tage gefördert. Sie wurden auf Holzkämme gesetzt (legen durften sie sich nicht) und waren guter Dinge, wenn auch schwach. Sie wurden gestärkt mit etwas Wein und Bouillon. Der Fubel der schnell herbeiströmenden Menge war eben so groß wie vorher die Klage der Weiber, zumal man nicht mehr an die Rettung gedacht hatte und ganz besonders darum, weil unter den Achten Einer war, der vorher bei den anderen Vermissten auf einem andern Flöz gewesen war und berichten konnte, daß auch diese noch am Leben seien. Uebrigens giebt dieser die andern auf 36 an. Besonders rührend war es, als ein Bergmann ohnmächtig um 1 Uhr aus der Arbeit geführt kam und in einem der Geretteten den vermissten Bruder erkannte. Sie meinten schließlich vor Freude und alle Umstehenden mit. Die Geretteten wurden alsdann ins Schlafhaus überführt, wo ihnen die geeignete ärztliche Hilfe zu Theil wurde. Die Uebrigen hofft man noch im Laufe des Tages zu retten. Zur Zeit wird frische Luft in den Schacht durch Schläuche eingeführt, weil die Laternen nicht brennen.

Deuthen O.-S., 27. Juni. Heute wurden alle 43 Bergleute auf „Deutschlandgrube“ gerettet. Keiner ist gestorben. Es herrscht ungeheurer Jubel. Der Landrath von Wittlen und Graf Hensel von Donnersmard sind über Nacht auf der Unglücksstätte gewesen. Ober-Bergrath Ammon hat den herzlichsten Dank in zündender Rede Allen abgeleitet. Ein Lobgesang zum Allmächtigen wurde angestimmt. Es herrscht ungemeine Freude.

Thorn, 27. Juni. Gestern Abend ist der Damm der Weichsel bei Altan vom Hochwasser durchbrochen. Heute früh reichte das Wasser bis Schmolln. Die Niederung auf der linken Flussseite steht vollständig unter Wasser, der Schaden ist sehr erheblich. Die Gefahr für den Damm bei Gornowo gilt durch die Hilfe des Militärs für beseitigt. Hier war der Wasserstand in der Weichsel gestern 6,40, heute ist derselbe 5,70 und weiter fallend. (Die „Köln. Ztg.“ erhält noch folgendes Telegramm aus Thorn, 27. Juni: Heute Vormittag um 10 Uhr ist unterhalb von Thorn, rechts zwischen Amthal und Bösendorf ein Dammbuchbruch erfolgt. Die Niederung ist weithin überschwemmt, der Schaden unübersehbar.)

Darmstadt, 27. Juni. Der Landtag ist heute mit einer Ansprache des Geheimen Staatsrath Finger geschlossen worden. In der Ansprache wird dem Bedauern des Großherzogs, den Landtag nicht in Person schließen zu können, Ausdruck gegeben und der Dank ausgesprochen für die Bewilligung der Mittel zur Beseitigung des durch die Ueberschwemmungen des Rheins in den Jahren 1882 und 1883 verursachten Nothstandes. Es wird sodann hervorgehoben, daß durch die neuen Steuergesetze die weniger Bemittelten in großer Zahl von Steuern befreit seien, das bewegliche Vermögen in erhöhtem Maße zu den Steuern herangezogen und die Ausübung der Gewerbe erleichtert werde. Die Ansprache dankt ferner für die Bewilligung der Mittel für den landwirthschaftlichen und gewerblichen Unterricht sowie für die Zustimmung zur Erbauung einer stehenden Brücke über den Main in Rostheim. Schließlich erwähnt die Rede noch mit besonderer Anerkennung des Zustandekommens des Projekts zur Melioration von Grund und Boden und zur Ermittlung der landwirthschaftlichen Verhältnisse sowie des Enteignungsgesetzes.

Paris, 26. Juni. In der Deputirtenkammer erklärte in Beantwortung der Interpellation des Deputirten Delafosse, betreffend die egyptische Angelegenheit, der Konseilspräsident Ferry, Frankreich habe alle nur möglichen Konzessionen erhalten und das mit England getroffene Uebereinkommen sei einem Bruche vorzuziehen. Frankreich sei keineswegs lästern nach Egypten, sondern wolle dort nur das internationale Recht zur Geltung bringen. Frankreich gehe vollkommen frei zur Konferenz. Was die Liquidationsfrage angehe, deren Regelung von der finanziellen Lage Egyptens abhängt, so verspreche die Regierung, allen Interessen der französischen Bondholders in dem weitesten Umfange Rechnung zu tragen. Ferry schloß mit der Erklärung, der von der Regierung verfolgte Zweck sei die Neutralität Egyptens, um die Neutralität des Suezkanals zu sichern. Die Regierung habe von der eng-

lischen Regierung eine Erklärung in diesem Sinne erhalten und glaube ihre patriotische Pflicht erfüllt zu haben. (Beifall.) Soubeyran nimmt Akt von den Ausführungen Ferry's und sprach die Hoffnung aus, daß sich die Regierung jeder Zinsenreduktion widersetzen werde. Eine solche würde nur der englischen Regierung zu Statten kommen, welche heute für die Verwaltung Egyptens verantwortlich sei. Wenn die englische Verwaltung dort noch 3 Jahre dauere, würde es kein Egypten mehr geben. Es sei nothwendig, Egypten sofort zu neutralisieren. Ferry acceptirte schließlich die von Charnes und Ribot vorgeschlagene einfache Tagesordnung, welche einstimmig angenommen wurde.

Die chinesische Regierung thut ihr Möglichstes, um sich bezüglich des anscheinend vertragswidrigen blutigen Zwischenfalles bei Langson zu exculpieren. Die chinesische Botschaft in Paris hat, wie bereits mitgetheilt, Erklärungen in diesem Sinne abgegeben, jetzt ist man auch an offiziiöser Stelle in Berlin in derselben Richtung thätig. Der „Nordd. Allg. Ztg.“ geht aus Tientsin folgendes Telegramm zu: „Dem Zusammenstoß zwischen Franzosen und Chinesen in Tonkin wird von Seiten Li-Hung-Chang eine vertragsverletzende Bedeutung nicht zuerkannt, da hierbei die chinesische Zentralregierung, deren bona fides bei Abschluß und Ausführung des Maivertrages keinem Zweifel unterliege, kein Verschulden trifft. — Darüber, wie die französische Regierung hinsichtlich der Antheil- oder Nichtantheilnahme der chinesischen Regierung an dem Ueberfalle denkt, verlautet bis jetzt nichts Entschiedenendes; die erste Meldung sprach allerdings von chinesischen „Regulären.“ Jedenfalls wird die Zurückziehung der französischen Truppen aus Tonkin fiktirt werden und die Franzosen zu der Ueberzeugung gelangen müssen, daß die Pazifikation des Landes noch nicht beendet ist.

Paris, 27. Juni. Prinz Victor hat ein Schreiben an den Deputirten Solisais gerichtet, in welchem er erklärt, daß er sein väterliches Domizil verlassen müsse trotz der hohen Achtung, welche er vor seinem Vater hege, denn er müsse sich das Recht wahren, frei zu denken. Die einzige Richtschnur für seine Haltung sei die von Napoleon I. und Napoleon III. ihm überkommene. Er werde diese Erbschaft intact erhalten; er könne sich nicht dazu verstehen, an Handlungen theilzunehmen, welche seinen politischen Gesinnungen und seinem guten Glauben widersprächen. Der Prinz erklärte schließlich, er habe beschlossen, sich allen kompromittirenden Sollicitäten zu enthalten und werde auf neue Angriffe nicht mehr antworten, sondern in Zukunft das Stillschweigen beobachten, welches ihm seine Lage auferlege.

London, 26. Juni. Verschiedene Botschafter hatten heute Besprechungen mit einander. Der italienische Botschafter Nigra hatte im auswärtigen Amte eine Konferenz mit dem Premier Gladstone, um demselben die Antwort Italiens auf die Nachricht von dem englisch-französischen Abkommen mitzutheilen. Wie es heißt, lautet dieselbe günstig.

London, 27. Juni. Wie den „Daily News“ unter dem 26. d. Mts. aus Kairo telegraphirt wurde, ist der Fall von Berber amtlich bestätigt. Die Garnison wurde am Morgen des 26. Mai überrumpelt und mußte sich nach hartem Kampfe ergeben, worauf die Niederwerfung derselben erfolgte, bei der nur wenige entkamen. Die Frauen und Kinder blieben verschont.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Berlin, 27. Juni. [Städtischer Zentral-Bieh Hof. Amtlicher Bericht der Direktion.] Am heutigen kleinen Freitagsmarkt standen keine Hammel, nur 118 Rinder, 283 Schweine, dagegen 818 Kälber zum Verkauf. Von den Rindern wurden gegen 50 Stück III. und IV. Klasse zu 42—46 bezieungsweise 37—40 M. (den Preisen des vorigen Montags) verkauft. — Inländische Schweine handelte man sehr zögernd zu ungefähren Preisen des letzten Marktes; Valonier waren nicht am Platz. Der Markt ist nicht geräumt. — Das Kälbergeschäft gewann wegen zu starken Angebots keinen Aufschwung, verlief vielmehr noch flauer als am Montag. Es ist Ueberstand zu erwarten. Man zahlte für II. 42—50, für III. 30—40 Pf. pro Pfund Fleischgewicht.

Frankfurt a. M., 27. Juni. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Remorport vom gestrigen Tage gemeldet, daß die Bankfirma Stout & Co. ihre Zahlungen eingestellt habe.

** Wien, 27. Juni. [Wochenausweis der österreichisch-ungarischen Staatsbahn] vom 17. bis zum 23. Juni 671 603 Kl. Mehreinnahme 14 149 Kl.

Newyork, 26. Juni. Der Schatzsekretär hat 10 Millionen dreiprozent. Obligationen einberufen. Dieselben sind am 1. August c. fällig.

Telegraphische Nachrichten.

Emss, 27. Juni. Der Kaiser stieg gestern Mittag der Kaiserin in Koblenz einen Besuch ab und kehrte um 3¼ Uhr Nachmittags von dort zurück. Zur kaiserlichen Tafel waren geladen: Generalleutnant v. Projowski, Konfistorial-Präsident Seneilage, General- Superintendent Bauer, Konfistorialrath Korten, Kammerherr Graf Fürstenberg, Stammheim und Regierungs-Präsident Freiherr v. Berlepsh. Abends erschien der Kaiser im Theater. Heute früh setzte derselbe die Brunnentour fort, machte eine Promenade und nahm den Vortrag des Hofmarschalls Grafen Perponcher entgegen.

Wien, 27. Juni. Die heutige „Wiener Zeitung“ publizirt die Organisation der Staats-Eisenbahnverwaltung in den Reichsräthe vertretenen Königreichen und Ländern. Die wesentlichsten Bestimmungen dieses Statuts sind: Nach § 1 erfolgt die Führung des Betriebes auf den in eigener Verwaltung des Staates befindlichen Staatsbahnen und vom Staate betriebenen Privatbahnen, wie auch die Führung des Staatsbahnbaues unter der Oberaufsicht des Handelsministers durch eine demselben unmittelbar unterstehende einheitliche Dienststelle, welche unabhängig von den sonstigen Eisenbahngenden des Handelsministeriums fungirt und die Bezeichnung: „I. I. Generaldirektion der österreichischen Staatsbahnen“ erhält. Diese Generaldirektion hat in Angelegenheiten des bezeichneten Geschäftskreises als Exekutivorgan des Handelsministers zu fungiren und in dieser Eigenschaft die im Eingange angeführten Bahnen als einheitliches Gesamtnetz insbesondere gegenüber den Militär-Zentralstellen, dann gegenüber anderen Verkehrsankalten und im Vereine deutscher Eisenbahnverwaltungen zu vertreten. Im Mobilisationsfalle tritt die Generaldirektion sofort in die Zentrallleitung für Militär-Transporte auf Eisenbahnen ein. Gemäß § 2 werden in Unterordnung unter die Generaldirektion zur Leitung des lokalen Betriebsdienstes auf den im § 1 bezeichneten Bahnen innerhalb der nach den Verkehrsbedürfnissen zu bildenden räumlichen Bezirke Dienststellen errichtet, welche die Bezeichnung: „I. I. Eisenbahn-Betriebsdirektion“ führen.

Zur Begutachtung vollwirtschaftlicher Fragen im Bereiche des Eisenbahnverkehrs wird dem Handelsminister ein Staats-Eisenbahnrat beigegeben (§ 5). § 7 lautet: Die Dienstsprache der Staats-Eisenbahnverwaltung ist die deutsche. In derselben hat insbesondere der gesamte innere Dienst mit Einschluß des Verkehrs aller Organe der Staats-Eisenbahnverwaltung unter einander stattzufinden. Alle Organe der Staats-Eisenbahnverwaltung haben mit den Militär- und Zivilbehörden in deutscher Sprache zu verkehren. Die in Galizien aufgestellten Eisenbahnbetriebs-Direktionen und die denselben unterstehenden, in diesem Lande befindlichen Dienststellen haben jedoch in Gemäßheit der dort in Kraft stehenden, auf Grund der Allerhöchsten Entschliessung vom 4. Juni 1869 erlassenen Ministerialverordnung vom 5. Juni 1869 sich im Verkehr mit den landesfürstlichen, nicht militärischen Behörden, Ämtern und Gerichten im Lande, wie auch mit den dortigen autonomen Behörden und Organen der polnischen Sprache zu bedienen. Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf den gegenseitigen Verkehr der bezeichneten Eisenbahnbetriebs-Direktionen und unteren Dienststellen unter einander. Als für das Publikum bestimmten Mittheilungen (Randmachungen, Aufschriften, Zirkulare etc.) sind in der deutschen und in der betreffenden landesüblichen Sprache zu erlassen. Der Verkehr mit dem Publikum hat in der deutschen und in den betreffenden landesüblichen Sprachen stattzufinden, je nach dem die Anfrage oder Begehrung, welche hierzu Anlaß giebt, in der einen oder in der anderen erfolgt ist. § 9 bestimmt, daß die zur Führung des Staats-Eisenbahnbetriebes und Staats-Eisenbahnbaues zu errichtende Generaldirektion von einem Sektionschef des Handelsministeriums geleitet wird, welcher den Titel: „Präsident“ führt und von dem Kaiser ernannt wird (§ 11). Die Generaldirektion, welche in dem ihr übertragenen Wirkungsbereiche bezüglich aller nicht dem Handelsminister vorbehaltenen Angelegenheiten selbständig fungiert, leitet und überwacht unter der unmittelbaren Oberaufsicht des Handelsministers den gesamten Dienst der Eisenbahn-Betriebsdirektionen und Bauleitungen in administrativer, technischer und ökonomischer Hinsicht. Dem Präsidenten der Generaldirektion wird für die finanzielle und kommerzielle Betriebsgebarung ein ständiger Beirath von fünf Mitgliedern beigegeben. Der Staats-Eisenbahnrat besteht aus dem Vorsitzenden und 50 Mitgliedern, welche vom Handelsminister auf die Dauer von drei Jahren ernannt werden. Von denselben werden a) neun Mitglieder vom Handelsminister nach freiem Ermessen ausgewählt und fünf Mitglieder in der Weise ernannt, daß der Finanzminister und der Ackerbauminister zwei und der Reichskriegsminister eine der zu ernennenden Persönlichkeiten bezeichnet. b) 24 Mitglieder auf Vorschlag von Handels- und Gewerbestämmen und c) 12 Mitglieder auf Vorschlag von Landeskulturräthen und sonstigen landwirtschaftlichen Fachcorporationen ernannt. Nach § 20 versammelt sich der Staats-Eisenbahnrat auf Einladung des Handelsministers nach Bedürfnis, mindestens aber zwei Mal im Jahre, und zwar im Frühjahr und Herbst, zu einer Sitzung. Auf Veranlassung des Vorsitzenden können zu den Sitzungen des Staats-Eisenbahnrates auch Sachverständige beigegeben werden, welche nicht Organe der Staats-Eisenbahnverwaltung sind. Jede Eisenbahn-Betriebsdirektion hat einen Oberbeamten zum Vorstände, welcher den Titel: „Betriebsdirektor“ führt. Der Wirkungsbereich der Eisenbahn-Betriebsdirektion umfaßt die Vollziehung und Ueberwachung des lokalen Betriebsdienstes innerhalb des eigenen Bezirkes. Die Sicherstellung von Lieferungen, deren präliminirten Werth den Betrag von 5000 Fl. erreicht oder übersteigt, hat in der Regel im Offertwege auf Grund allgemeiner öffentlicher Konkurrenz und durch Zuschlag an den Offerenten zu erfolgen, welcher das günstigste Angebot gestellt hat. Unter gleichen Bedingungen ist jedenfalls der Industrie und der Produktion des eigenen Bezirkes der Vorzug zu geben.

Jussbruck, 27. Juni. Die amtliche Zeitung veröffentlicht eine Bekanntmachung des Statthalters, v. Widmann, worin alle Einleitungen zur Errichtung eines Denkmals für den verstorbenen italienischen Dichter Prata, insbesondere die Veranstaltung von Sammlungen unterlagert werden.

Pest, 26. Juni. In dem Prozesse wegen der im vergangenen Jahre stattgehabten antisemitischen Unruhen wurden sämtliche Angeklagten von der Anklage wegen Aufruhrs freigesprochen, dagegen 26 Angeklagte wegen Gewaltthatigkeiten gegen Privatpersonen zu Kerkerstrafen von 3 Wochen bis zu einem Jahre verurtheilt. 19 wurden freigesprochen.

Paris, 27. Juni. Im Senat wurde auf Antrag des Herzogs von Broglie die Verathung über die Interpellation Gavarde in Betreff Egyptens bis nach der Konferenz vertagt. Konfessionspräsident Ferry wohnte der Sitzung wegen Unwohlseins nicht bei.

London, 27. Juni. Das Oberhaus nahm die Reformbill in erster Lesung an. — Im weiteren Verlaufe der Unterhaus-Sitzung erklärte der Premier Gladstone, keine der Mächte hätte in ihrer Antwort bezüglich des Abkommens mit Frankreich einen Einwand erhoben, alle hätten indessen ihre endgültige Aeußerung vorbehalten, wie es scheint, bis die weiteren Vorschläge zu ihrer Kenntniß gekommen. Sämtliche Mächte, einschließlich der Pforte, würden die Konferenz beschicken. Zweifelshaft sei, ob der Vertreter der Pforte bereits der ersten am Sonnabend stattfindenden Konferenzsitzung beiwohnen werde. — Auf die Anfrage Northcote's erwiderte Gladstone, daß das Tadelvotum am Montag eingebracht werden könne, wenn die dritte Lesung der Reformbill heute stattfinde. Weiter konstatierte der Premier, daß die Erklärungen Ferry's bezüglich der Schuldenkommission vollständig wahrheitsgetreu seien. — Die Reformbill wurde sodann in dritter Lesung ohne Abstimmung angenommen. Im Laufe der Debatte erklärte Gladstone, ein etwaiger Konflikt mit dem Oberhause wäre zwar ernst, er fürchte den Ausgang aber nicht. — Die Regierungsvorlage betreffend die Abänderung der medizinischen Gesetze, wurde in zweiter Lesung ohne Abstimmung angenommen.

London, 27. Juni. Wie die „Daily News“ glaubt, würde, falls die Wahlreformbill von den Lords verworfen werden sollte, noch eine Session im Herbst stattfinden; sollte jedoch die Verwerfung der Bill von Seiten der Lords wiederholt erfolgen, so dürfte die Auflösung des Parlaments und eine Neuwahl zu erwarten sein.

Rom, 26. Juni. In der Deputirtenkammer legte Depretis den Gesetzentwurf über die Kosten des für den nächsten Oktober in Rom in Aussicht genommenen internationalen Sanitätskongresses vor.

Rom, 27. Juni. Nach Mittheilung aus Rovigo hat sich die Lage baselbst gebessert; viele der stirkenden Schnitter haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Bern, 27. Juni. Der Nationalrath lehnte den Antrag Zos auf definitive Kündigung der lateinischen Münzkonvention ab.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni.

Datum	Barometer auf 0	Wind	Wetter	Temp. i. Gelf.
Stunde	Gr. red. in mm. 82 m Seehöhe			Grad.
27. Nachm. 2	756,9	W mäßig	trübe	+22,6
27. Abds. 10	757,3	W mäßig	trübe	+19,2
28. Morgs. 6	756,8	W mäßig	heiter	+14,8

Am 27. Wärme-Maximum: +23,0 Celf.
Wärme-Minimum: +9,9

Wasserstand der Warthe.
Posen, am 27. Juni Morgens 1,22 Meter.
27. Mittags 1,24
28. Morgens 1,30

Telegraphische Börsenberichte.

Frankfurt a. M., 27. Juni. (Schluß-Course.) Still.
Lond. Wechsel 20,43. Pariser do. 81,175. Wiener do. 167,30. R.-M. 125,1. Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 109,1. R.-M.-Br.-Antb. 125,1. Reichsanl. 103,1. Reichsanl. 143,1. Darmstb. 150,1. Meining. 12,92. Dett. W. 715,75. Kreditaktien 252,1. Silberrente 67,1. Papierrente 67. Goldrente 85,1. Ung. Goldrente 76,1. 1860er Loose 120,1. 1864er Loose 307,00. Ung. Staatsb. 219,00. do. Odb.-Obl. II. 120,1. Böhm. Westbahn 258,1. Elisabethb. —. Nordwestbahn 146,1. Galizier 237,1. Franzosen 264. Lombarden 122,1. Italiener 94,1. 1877er Russen 93,1. 1880er Russen 75,1. II. Orientanl. 58,1. Centr.-Pacific —. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 58,1. Wiener Bankverein 87,1. 5% österreichische Papierrente —. Buicherader —. Credit 58,1. Gotthardbahn 103,1. Türken 8. Lübeck-Büchener 185,1. Tabaksaktien —. Spanier ext. 59,1.
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 253,1. Franzosen 264,1. Galizier 237,1. Lombarden 122,1. II. Orientanl. —. III. Orientanl. —. Egvoter 58,1. Gotthardbahn —. Spanier neue —. Marienburg-Moskwa —.
Central Pacific 106,1. Denver u. Rio grande I. M. —. Chicago Milwaukee —.

Frankfurt a. M., 27. Juni. Effekten-Societät. (Schluß.) Kreditaktien 252,1. Franzosen 264,1. Lombarden 122,1. Galizier 237,1. Egvoter 58,1. 4proz. ungar. Goldrente —. 1880er Russen —. Gotthardbahn 104,1. Tabaksaktien —. Marienburger —. Dresdener Bank 124,1. Diskonto-Kommandit —. Werrabahn —. Still.
Wien, 27. Juni. (Schluß-Course.) Auf Nachrichten aus Toulon und China schwach eröffnend, später auf Pariser Berichte befestigt, schließlich geschäftlos.
Papierrente 80,124. Silberrente 81,05. Oester. Goldrente 102,30. 4proz. ungarische Goldrente 122,60. 4proz. ungar. Goldrente 91,40. 5proz. ungar. Papierrente 88,25. 1854er Loose 125,00. 1860er Loose 135,25. 1864er Loose 168,00. Kreditloose 175,00. ungar. Prämien 114,80. Kreditaktien 301,90. Franzosen 315,50. Lombarden 144,80. Galizier 284,00. Kasch.-Oderb. 147,25. Pardubitzer 148,00. Nordwestbahn 175,25. Elisabethbahn 233,25. Nordbahn 253,00. Oester.-Ung.-Bank —. Türliche Loose —. Unionbank 104,25. Anglo-Austr. 108,50. Wiener Bankverein 104,80. Ungar. Kredit 302,50. Deutsche Plätze 59,60. Londoner Wechsel 121,85. Pariser do. 48,42. Amsterdam do. 100,00. Napoleons 9,69. Dufaten 5,74. Silber 100,00. Marknoten 59,60. Russische Banknoten 1,214. Lemberg-Galizier —. Kronpr.-Rudolf 179,70. Franz.-Josl. —. Dux-Bodenbach —. Böhm. Westb. —. Elbthalb. 183,75. Tramway 218,10. Buicherader —. Ungar. 4proz. Papir 88,25. Tabaksaktien —.

Wien, 27. Juni. (Privatverkehr.) Oesterreich. Kreditaktien 301,50. 4proz. ungar. Goldrente —. Länderbank —. Ruhig.
Paris, 27. Juni. (Schluß-Course.) Schwach.
3proz. amortisirt. Rente 79,90. 3 prozent. 77,00. 4% prozentige Anleihe 107,15. Italienische 5proz. Rente 95,40. Oester. Goldrente 85,1. 4proz. ungar. Goldrente 104,1. 4proz. ungar. Goldrente 77,1. 5proz. Russen de 1877 97,1. Franzosen 660,00. Lombard.-Eisenbahn-Aktien 302,50. Lombard. Prioritäten 304,00. Türken de 1865 7,75. Türkenloose 40,75. III. Orientanleihe —.
Credit mobilier 331,00. Spanier neue 59,1. Suezkanal-Aktien 194,3. Banque ottomane 625. Credit foncier 1308. Egypter 291,00. Banque de Paris 807. Banque d'Escompte 615,00. Banque hypothecaire —. Lond. Wechsel 25,164. 5proz. Rumänische Anleihe —.
Foncier Egyptien 511,00. 5proz. türk. Obligationen —. Tabaksaktien 541,25.
London, 27. Juni. Consols 100. Italienische 5proz. Rente 94,1. Lombarden 114,1. 3proz. Lombarden alte —. 3proz. do. neue —. 5proz. Russen de 1871 90,1. 5proz. Russen de 1872 89,1. 4proz. Russen de 1873 89,1. 5proz. Türken de 1865 7,1. 4proz. fundirte Amerik. 121,1. Oesterreich. Silberrente 68. da. Papierrente —. 4proz. Ungarische Goldrente 76,1. Oester. Goldrente 84,1. Spanier 59,1. Egvoter neue —. do. unif. 57,1. Ottomankbank 14,1. Preuß. 4proz. Consols 102,1. Fester. Bankdiskont 1 1/2 pCt.
Suez-Aktien 77,1. Silber —.

Produkten-Curse.
Wien, 27. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 19,00, fremder 19,50, per Juli 17,85, per Novbr. 18,30. Roggen loco hiesiger 15,50, per Juli 14,95, per Novbr. 15,35. Hafer loco 15,75. Mühl loco 30,00, pr. Dttbr. 28,50.
Bremen, 27. Juni. Petroleum (Schlußbericht) besser. Standard white loco 7,30 bez., per Juli 7,30 bez., per August 7,45 Br., per Aug.-Dezbr. 7,70 Br.
Hamburg, 27. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen loco unverändert, auf Termine fest, per Juni-Juli 173 Br., 172,00 Gd., per Juli-August 174 Br., 173 Gd. Roggen loco unverändert, auf Termine höher, per Juni-Juli 137,00 Gd., 136,00 Gd., per Juli-August 137,00 Br., 136,00 Gd. Hafer und Gerste unverändert. Mühl loco 57, per Dtt. 56. Spiritus still, per Juni 41 1/2 Br., per Juli-August 41 1/2 Br., per August-Septbr. 42 1/2 Br., per Septbr.-Oktober 42 1/2 Br. Raffee still. Umsatz 4000 Sad. — Petroleum ruhig, Standard white loco 7,50 Br., 7,40 Gd., per Juli 7,35 Gd., per August-Dezember 7,75 Gd. — Wetter: Schön.
Wien, 27. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 10,10 Gd., 10,15 Br., per Herbst 10,15 Gd., 10,20 Br. Roggen per Juni 8,35 Gd., 8,45 Br., per Herbst 8,18 Gd., 8,23 Br. Mais per Juni 6,93 Gd., 6,93 Br., per September-Oktober 7,18 Gd., 7,23 Br. Hafer per Juni 8,40 Gd., 8,45 Br., pr. Herbst 7,15 Gd., 7,20 Br.
Pest, 27. Juni. (Produktenmarkt.) Weizen loco sehr fest, per Herbst 9,80 Gd., 9,82 Br. Hafer per Herbst 6,80 Gd., 6,82 Br. Mais per Juni-Juli 6,58 Gd., 6,60 Br. Rohraps per August-September 13 1/2 à 13 1/2. — Wetter: Denselt.
Paris, 27. Juni. Nojader 88° ruhig, loco 37,75 a 38,00. Weißer Zucker rubig, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. per Juni 45,30, per Juli 45,30, per Juli-August 45,50, per Oktober-Januar 46,25.
Paris, 27. Juni. Produktenmarkt (Schlußbericht). Weizen rubig, per Juni 22,40, per Juli 22,90, per Juli-August 23,10, per Septbr.-Dezember 23,75. Roggen rubig, per Juni 16,25, per Septbr.-Dezbr. 17,00. Mühl 9 Marques behauptet, per Juni 47,60, per Juli 48,80, per Juli-August 48,10, per September-Dezembr. 49,10. Mühl rubig, per Juni 67,25, per Juli 67,25, per Juli-August 67,50, per Septbr.-Dezbr. 69,75. Spiritus rubig, per Juni 44,00, per Juli 44,50, per Juli-Aug. 44,75, per Sept.-Dezbr. 45,25. — Wetter: Schön.
Petersburg, 27. Juni. (Produktenmarkt.) Talg loco 67,50, per August 66,50. Weizen loco 12,00. Roggen loco 9,80. Hafer loco 5,30. Hanf loco —. Leinsaat (9 Rub) loco 14,00. — Wetter: Heiter.

London, 27. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letzten Montag: Weizen 41360, Gerste 6550, Hafer 43810 Dts.

Weizen sehr ruhig, angelommene Ladungen stetig, Mehl träge, Mais weichend, Gerste stetig, Hafer gefragt, anziehend.

London, 27. Juni. Havannauder Nr. 12 15 nominell, Rüben-Nojader 13 1/2 sehr flau, Centrifugal Ruba —.

London, 27. Juni. An der Riste angeboten 13 Weizenladungen. Wetter: Schmil.

Liverpool, 27. Juni. Baumwolle (Schlußbericht). Umsatz 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 Ballen. Amerikaner träge, Surats angeboten. Riddl. amerikanische Juni-Juli-Lieferung 6 1/2, Juli-August-Lieferung 6 1/2, August-September-Lieferung 6 1/2, September-Lieferung 6 1/2, September-Oktober-Lieferung 6 1/2, Oktober-November-Lieferung 6 1/2, November-Dezember-Lieferung 7 d.

Liverpool, 27. Juni. Baumwolle (Schlußbericht). Weitere Meldung. Pernam fair 6 1/2 d.

Liverpool, 26. Juni. (Offizielle Notirungen.)
Upland good ordin. 5 1/2, do. low middl. 6 1/2, do. middl. 6 1/2, do. middl. 6 1/2, Orleans good ordin. 6 1/2, do. low middl. 6 1/2, do. middl. 6 1/2, Bahia fair —, Maceio fair 6 1/2, Maranham fair 6 1/2, Egyptian brown middl. 4 1/2, do. fair 6 1/2, do. good fair 7 1/2, do. white middl. —, do. fair 6 1/2, do. good fair 7, M. Gd. Broad good 5 1/2, do. fine 5 1/2, Dhollerah fair 4, do. good fair 4 1/2, do. good 5, do. fine 5 1/2, Domra fair 4, do. good fair 4 1/2, do. good 5, do. fine 5 1/2, Scinde good fair 3 1/2, Bengal good fair 3 1/2, do. good 4 1/2, do. fine 4 1/2, Tinnevely good fair 5 1/2, do. good —, Western good fair 4 1/2, do. good 4 1/2, Peru rough fair 6 1/2, do. good fair 7 1/2, do. good 8 1/2, do. smooth fair 6 1/2, do. good fair 6 1/2, Ceara fair 6 1/2, good fair 6 1/2.

Liverpool, 27. Juni. Getreidemarkt. Weizen rubig, stetig, Mais 1 d. billiger, Mehl geschäftlos. — Wetter: Schön.

Manchester, 27. Juni. 12r Water Armitage 6 1/2, 12r Water Taylor 7, 20r Water Nichols 8 1/2, 30 Water Clayton 9 1/2, 32r Rod Townhead 9 1/2, 40r Mule Rayoll 9 1/2, 40r Redio Wilkinson 11, 32r Warpcops Lees 8 1/2, 36r Warpcops Dual. Rowland 9 1/2, 40r Double Weston 10 1/2, 60r Double courante Qualität 14, Panters 1 1/2 8 1/2 pfd. 84. Still.

Glazgow, 27. Juni. (Schluß.) Robeisen. Rigid numbers war-rants 41 sh. 2 d.

Amsterdam, 27. Juni. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen auf Termine höher, pr. November 244,00. Roggen loco höher, auf Termine geschäftlos, per Oktober 172. Raps per Herbst 339 Fl. Mühl loco 34, pr. Herbst 31 1/2.

Amsterdam, 27. Juni. Banceann 51 1/2.

Antwerpen, 27. Juni. Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffi-nirtes, Type weiß, loco 18 1/2 Br., per Juli 18 1/2 Br., per August 18 1/2 Br., pr. September-Dezember 19 1/2 Br. F. n.

Antwerpen, 27. Juni. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen still. Roggen fest. Hafer unverändert. Gerste behauptet.

Marktpreise in Breslau am 27. Juni.

Festsetzungen der städtischen Markt Deputation.	gute	mittlere		geringe	
		Hochster	Niedrigster	Hochster	Niedrigster
Weizen, weißer	pro	20 50	19 50	18 30	17 10
do. gelber	pro	18 70	17 80	16 80	15 80
Roggen	100	15 90	15 70	15 —	14 50
Gerste	100	16 —	14 80	14 20	13 70
Hafer	Kilog.	16 20	16 —	15 80	15 60
Erbsen	100	19 —	18 —	17 50	16 —

Kartoffeln, pro 50 Rgr. 3,20—3,25—3,30—3,75 Mark, pro 100 Rg. 6—6,50—7—7,50 Mark, pro 2 Liter 0,12—0,13—0,14—0,15 Mark. — Heu, per 50 Rg. 3,10—3,40 Mark. — Stroh, per Schock à 600 Rgr. 23,00—25,00 Mark.

Breslau, 27. Juni. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.)
Roggen (per 1000 Kilogramm) höher. Gefündigt 1000 Centner. Abgelaufene Kündigungsscheine, per Juni 158 bez., per Juni-Juli 156,50 bis 157 bez., per Juli-August 155 bez., per August-Septbr. 154 Gd., per Sept.-Okt. 153,50 bez., per Okt.-Nov. 152 Gd. — Weizen Gef. — Str. per Juni 187 Br., per Sept.-Oktober 185 Br. — Hafer Gefündigt — Centner, per Juni 150 Br., per Juni-Juli 150 Br., per Septbr.-Oktober 140 Br. — Raps Gefündigt — Centner, per Sept.-Oktbr. 240 Gd. — Mühl —. Loco 60 Br., per Juni 58 nominell, per Juni-Juli 56 Br., per Septbr.-Oktober 54 Br. — Spiritus fester. Gefündigt 20,000 Liter, per Juni 50,00 bez., per Juli 50,00 Gd., per Juli-August 49,50—50,00 Gd., per August-September 50,80 Gd. Br., per Septbr.-Oktober 49,50 Gd., per Oktober-November 48,80 Gd.
Zink (per 50 Kilogr.) ohne Umsatz. — Eisen-Kommission.

Breslau, 27. Juni. 9 1/2 Uhr Vormittags. [Privatbericht.]
Landzufuhr und Angebot aus zweiter Hand war schwach, die Stimmung im Allgemeinen fest.

Weizen zu notirten Preisen veräußert, per 100 Kilogramm (schärfster weißer 17,80—19,50—20,60 Mark, gelber 17,50—18,40 bis 18,80 Mark. feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen in fester Stellung, bezahlt wurde per 100 Kilogramm netto schle-fischer 14,50—15—15,60 Mark, russischer 15,20 bis 16 Mark, feinstes über Notiz. — Gerste ohne Aenderung, per 100 Kilo-gramm 13,50—14,20 Mark. weiße 15,30—16,00 Mark. — Hafer preis-baltend, per 100 Kilogramm 15,80—16,10—16,40 Mark. feinstes über Notiz bezahlt. — Mais in ruhiger Stellung, per 100 Kilogramm 12,80—13,30—13,80 Mark. — Erbsen preisbaltend, per 100 Kilogramm 15,00—17,00—18,80 Mark. Bittoria 17,00—19,00—21,00 Mark. — Bohnen behauptet, per 100 Kilogramm 18,00—19,00 bis 20,00 Mark. — Lupinen gut gefragt, gelbe per 100 Kilogramm 8,70—9,70—10,50 Mark, blaue 8,50—9,30—9,60 Mark. — Weizen mehr angeboten, per 100 Kilogramm 14,50—14,75—15,50 Mark. — Deliaaten schwacher Umsatz. — Schlaglein schwacher Umsatz. — Rapsfuchen behauptet, per 50 Kilogr. 7,30—7,50 Mark, fremde 6,80—7,20 Mark, per September-Oktober 7,00 Mark. — Leins-fuchen ruhig, per 50 Kilogramm 9,00—9,20 Mark, fremde 7,80 bis 8,50 Mark.

Stettin, 27. Juni. [An der Börse.] Wetter: Leicht bewölkt. + 18° Reaumur. Barometer 28,4. Wind: NW.
Weizen etwas fester, per 1000 Rds loco gelber und weißer 162 bis 180 Mark, per Juni und Juni-Juli 177 Mark. nom., per Juli-August 177—177,5 Mark bez., per September-Oktober 180,5—181 Mark bez., per Oktober-November 182 Mark bez. — Roggen steigend, per 1000 Kilogramm loco inländischer 142—149 Mark, russischer 146—150 Mark, per Juni 149 Mark Br. u. Gd., per Juni-Juli 147—149 Mark bez., per Juli-August 146,5—148—147,75 Mark bez., per September-Oktober 146,5—147,5 Mark bez., per Oktober-November 146,5—147,5 Mark bez. — Gerste ohne Handel. — Hafer unverändert, per 1000 Kilogr. loco 136—155 Mark. bez. — Erbsen und Wintererbsen ohne Handel. — Mühl unverändert, per 100 Kilogramm loco ohne Faß bei Kleinigkeiten 57 Mark Br., per Juni 55 Mark bez., per September-Oktober 53,75 Mark Br. — Spiritus schließt fester, per 10,000 Liter netto loco ohne Faß 51,2 Mark bez., per Juni 51,5 Mark bez., per Juni-Juli und Juli-August 51,3—51,4—51,5 Mark bez., Br. u. Gd., per August-Septem-ber 51,8—52—51,9 Mark bez., Br. u. Gd., per September-Oktober 50,9 Mark Br. u. Gd. — Angemeldet: 1000 Ztr. Roggen, 10,000 Liter Spiritus. — Regulirungspreise: Weizen 177 Mark, Roggen 149 Mark, Mühl 55 Mark, Spiritus 51,5 Mark. — Petroleum loco 7,7 Mark tr. bez., Regulirungspreis 7,7 Mark tr., alte Usanze 7,9 Mark tr. bez. (Office-Btg.)

Produkten - Börse.

Berlin, 27. Juni. Wind: West. Wetter: Warm.

Das am heutigen „Siebenschläfer“ recht schöne, jedenfalls trodene Wetter sollte, der vorherrschenden Erwartung zufolge, den Markt verflauen — es geschah aber nicht, obwohl auch die auswärtigen Nachrichten zu fester Tendenz keinen Anlaß geliefert hatten.

Solo-Weizen behauptete seinen Werth. Für Termine bestand mäßige Nachfrage, welche trotz des für nahe Sicht vorhandenen Realisationsangebots etwas höhere Forderungen bewilligen mußte, weil der Markt von der Roggen-Festigkeit affizirt war. Nach vorübergehender Ermattung war der Schluß von Neuem fest.

Lofo-Poggen hatte schwachen Verkehr zu festen Preisen; in der Hauptfache waren es wieder benachbarte Röhlen, welche Bedarf zeigten. Der Terminandel nahm die gestrige Festigkeit rückhaltlos wieder auf; besonders waren es nahe Sichten, welche im Anschluß an die bis zum Ueberdruß erwähnten Prämienkäufe seitens der Plazspeculation begehrt und nahezu 2 R. besser bezahlt wurden, während für spätere Termine Kommissionsäre mit Angebot im Markte waren, so daß diese nur ½ R. stiegen. Dadurch hat sich nun wieder ein ganz ansehnlicher Deport herausgebildet. Gestern Nachmittag wurde noch von Riga alter September a 135 ½ R., heute prompter Petersburger a 137 ½ R. cfr. Stettin verschlossen.

Solo- & aßer gut behauptet. Termine fest und höher. Gehandelt wurde heute prompter Liebau a 126 M., do. Riga a 127 M. cif Stettin. — Roggenmehl merklich theurer. — Mais still.

Rüböl und Petroleum bei schwachem Handel gut preis-
haltend.

Spiritus in effectiver Waare gut begehrt, mußte bei kleiner Zufuhr besser bezahlt werden. Termine waren schwach angeboten und bei keineswegs lebhafter Kauflust durchgängig etwas theurer.

(Mittlich.) Weizen per 1000 Kilogramm loco 165—206 Mk. nach

Qualität, gelbe Lieferungsqualität 172,5 M., per diesen Monat —
per Juni-Juli — M., per Juli-August 172,25 — 173 bez., per August-
September — M. bez., per September-Oktober 177 — 177,5 bez., per
Oktober-November 179,5 — 179,25 — 179,5 bez., per November-Dezember
— bez. Gefündigt — Str. Ründigungspreis — M. Durchschnitts-
preis — M.

Roggen per 1000 Kilogramm loco 143—156 nach Qualität.
 Sieferungsqualität 150,5 Mark, russischer 150,5 ab Boden bez., inländischer mittel — Mark, feiner — Mark ab Bahn bezahlt, hochfeiner — Mark.
 inländischer geringer — bez., per diesen Monat — bez., per Juni—Suli 151,25—151,75 bez., per Suli—August 150,5—151,25 bez., per August—September — bez., per September—Oktober 150—149,75 bez., per 150,25 bez., per Oktober—November 149,75—150—149,75 bez., per November—Dezember — Mark bez. Gefündigt 3000 Sennern. Rüböl-
 gungspreis 151,5 Mark. Durchschnittspreis — Mark.

Geräte per 1000 Kilogramm große und kleine 140—200 Mk.
nach Qualität bez., Futtergeräte — Mark bez.

Safer per 1000 Kilogr. loco 140—175 nach Dual., Sieferungs-
 qualität 140 M., russischer mittel 140—146 M. ab Rahn und Boden
 bez., guter 148—156 ab Rahn und Boden bez., feiner 158—166 ab
 Rahn und Bahn bez., böhmischer — ab Rahn und Rahnbez., per
 diesen Monat 142 nom., per Juni-Juli 140,75 bez., per Juli-August
 137—136,75 bez., per August-September — M. bez., per September-
 Oktober 134,75—134,5 bez., per Oktober-November — M. bez. Gefün-
 diat — Rtr. Rindbianspreis — M. Durchschnittspreis — M.

Maiz loco 129—133 Mark bez. nach Qualität, per diesen Monat — bei. Gefündiat 1000 Str. Sündigungspreis 128 Mark.

Erbsen Rothwaare 180-230, Futterwaare 160-172 M. per 1000 Siloar. nach Qualität.

Trockene Kaffeeblätter pro 100 Kilogramm brutto incl.
Sack, Kiste — M., per diesen Monat 20,75 per Juni-Juli 20,75
M., per Juli-August 21 M., per August-September — M.

Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto incl. Sad. Solo
 — Markt nach Qualität, per diesen Monat und per Juni-Juli 20,75
 per Juli-August 21 M., per August-September — M., per Septbr.-
 October — M. Gefündiat — Str. Rindmaaspreis — M.

Feuchte Kartoffelstärke pro 100 Kilogramm brutto incl. Sad. Loko — R., per diesen Monat 11,6 R. Durchschnittspreis —. Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unverfeuert incl. Sad per diesen Monat und Juni-Juli 20,30—20,40 R., bez. per Juli-August 20,30—20,40 R. bez., August-September und September-Oktober 20,50 bis 20,55 bez. Gefündigt 2400 Bantner. Kündigungspreis 20,25 Mark.

Weizenmehl Nr. 00 26,00—24,75, Nr. 0, 24,50—22,75, Nr. 0 u. 1 22,00—21,00. Roggenmehl Nr. 0 22,75—20,75, Nr. 0 u. 1 20,50 bis 17,75 M.

Küböl per 100 Kilogramm loco mit Faß 55,2 M., ohne Faß — per diesen Monat und Juni-Juli 54,9—54,7—54,8 bez., abgelau-
fene Anmeldungen —, per Juli-August — bez., per August-September
— Mark, per September-Oktober 53,9 M. bez., Oktober-November 54,1
M., per November-Dezember 54,3 M. Gefündigt 1000 Bzntner. Rün-
digungspreis 54,8 M. Durchschnittspreis — M.

Petroleum, raffinirtes (Standard white) per 100 Kilogr. mit
Faß in Posten van 100 Ztr. loco — M., per diesen Monat 23,8 M.,
per September-Okt. 23,8 bez., per Oktober-Novber. 24 M. bez., per
November-Dezember 24,1 bez., per Dezember-Januar — M. Gef. —.
Rindiaunapreis — M.

Spiritus. Per 100 Liter a 100 pCt. = 10,000 Liter pCt.
 loco ohne Faß 51,9 Mk. bezahlt, loco mit Faß — bez., per diesen
 Monat, per Juni-Juli und per Juli-August 51,4—51,5 bezahlt, per
 August-September 51,8—51,9 bez., per September-Oktober 51—51,1
 bez., per Oktober-November 50,3—50,4 bez., per November-Dezember
 49,6—49,7 bez. Gefäßnigt — Liter. Kündigungspreis — Mk.

auch inländische Prioritäten sind, in Folge des knapperen Geldstandes, nicht als fest zu bezeichnen.

Banfsaktien sind bei fester Gesamthaltung niedriger als gestern in ziemlich lebhaftem Verkehr gewesen.

Auch inländische Bahnen waren sehr ruhig. Ostpreußen schwankend, andere Stücke wenig verändert.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 27. Juni. Die heutige Börse eröffnete in ziemlich fester Gesammthaltung, diese Tendenz erhielt sich auch während des weiteren Verlaufs und es konnten die Kurse unter dem Einflusse derselben größtentheils kleine Avancen nehmen. — Das Geschäft war von mäßigem Umfange, die Liquidation verlief glatt.

Der Kapital- und Kassamarkt war fest und belebt.
Der Privatdiskont vertheilte sich auf 3½ pCt.

Vom internationalen Spekulationsmarkt sind Kreditaktien als bevorzugt zu bezeichnen. Dieselben steigerten ihren Kurs, trotzdem sich bei anziehendem Export ein ziemlich bedeutender Stüdenüberfluß herausstellte. Franzosen und Lombarden waren still und unverändert, ebenso die ganze Reihe der österreichischen Eisenbahnen.

Fremde Fonds waren im Ganzen still, russische Werthe behauptet, ungarische Renten und Italiener etwas besser.

Preussische und deutsche Staatsfonds gaben theilweise etwas nach,

auch inländische Prioritäten sind, in Folge des knapperen Geldstandes, nicht als fest zu bezeichnen.

Banfsaktien sind bei fester Gesamthaltung niedriger als gestern in ziemlich lebhaftem Verkehr gewesen.

Auch inländische Bahnen waren sehr ruhig. Ostpreußen schwankend, andere Stücke wenig verändert.

Umrechnungs-Tafel: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franken = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark.
1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Eine Sterling = 20 Mark.

Wechsel-Kurse.		Ausländische Fonds.		Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien		Berlin-Dresd. v. St.		Deft. Lit. B. (Loeth.)		Nordb. Banl	
Amsterd. 100 fl. 8 T.	3	Newyork. St.-Anl.	6	Aachen-Mastricht	—	163,40 B. 3	102,80 B. 3	Reichs-B. (S. A. B.)	4	0	158,00 B.
Brüss. 100 fr. 8 T.	3	do. do.	7	Altona-Kiel	4	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Reichs-B. (S. A. B.)	4	0	37,50 B.
London 100 £. 8 T.	2	Finnl. Looje	—	Berlin-Dresden	0	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	8	158,50 B.
Paris 100 fr. 8 T.	3	Italienische Rente	5	Berlin-Gamburg	—	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	14	119,00 B.
Wien 100 fl. 8 T.	4	do. Tabaks-Obl.	6	Bresl.-S.-Frhg.	—	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	11	92,00 B.
Petersb. 100 R. 3 B.	6	Def. Gold-Rente	4	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	0	52,60 B.
Warsch. 100 R. 8 T.	6	do. Papier-Rente	4 1/2	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	6 1/2	118,25 B.
		do. do.	5	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		do. Silber-Rente	4 1/2	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		do. 250 fl. 1854	4	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		do. Kredit 1858	—	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		do. Lott.-A. 1860	5	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		do. do. 1864	—	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		Bester Stadt-Anl.	6	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		do. do. kleine	6	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		Poln. Pfandbriefe	5	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		do. Liquidat.	4	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		Rum. mittel	8	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		do. kleine	8	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		do. St.-Obligat	6	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		do. Staats-Obl.	5	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		Russ. Egl. Anl. 1822	5	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		do. do. 1862	5	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		do. do. kleine	5	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		do. konf. Anl. 1871	5	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		do. do. kleine	5	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		do. do. 1872	5	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		do. do. 1873	5	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		do. Anleihe 1877	5	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		do. do. 1880	4	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		do. Orient-Anl. I	5	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		do. do. II	5	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	Schwey Str. R. D. B.	4	—	—
		do. do. III	5	Dortm.-Gron.-E.	2 1/2	102,80 B. 3	102,80 B. 3	S			